

mit dem Gewinne in der Tasche sich davon zurückzieht. Aber das ist nicht schwindelhaft, wenn man schließlich dafür eintritt, das einmal begonnene Werk auch zu Ende zu führen.

Nun aber, meine Herren, daß Bahnen in dieser Beziehung vielleicht in ungerechtfertigtem Maße beschlossen worden sind, das möchte ich auch jener Seite des Hauses mehr zum Vorwurf machen, und ich bitte, da nicht den Kopf, wie der Vogel Strauß, in den Sand zu stecken; erinnere man sich, daß seiner Zeit die freie Concurrrenz im Bahnbau und Betrieb von der linken Seite des Hauses namentlich gepredigt worden und infolge dessen, sobald nur Gründer zum Beginn eines Bahnbaues bereit waren und scheinbar Capital hierzu verwenden wollten, man nie Bedenken gehabt habe, die Concession zur Bahn zu erteilen und das Expropriationsrecht einzuräumen. Wenn also dergleichen Fehler gemacht worden sind, so bitte ich namentlich jene Seite des Hauses, dies auf ihre Kappe mitzunehmen. Die Folgen mitzutragen, dürfen wir uns wohl nicht entziehen, und ich meine, auch diese pecuniären Nachfolgen werden nach der so klaren und sehr sachlichen Darstellung des Herrn Finanzministers über unsere Finanzlage vom sächsischen Volke zu ertragen sein.

Wenn der Herr Abgeordnete schließlich meint, daß dies nur die Einkommensteuer bedingt habe, und diese bezeichnete als eine sehr schneidige Waffe in Händen der Regierung, so muß ich ihm überlassen, ob er sich als Mitglied dieser Kammer so ohnmächtig fühlt einer solchen Waffe gegenüber. Ich meine, da die Kammern das Budgetrecht haben und jede Ausgabe und Einnahme der Bewilligung der Kammern bedarf, so ist die Einkommensteuer nicht eine so gefährliche Waffe, sondern sie ist nur das Mittel und zwar nicht allein in den Händen der Staatsregierung, sondern auch in den der Stände mit, um die Staatsbedürfnisse zu bedecken, die man wirklich für nothwendig gefunden und zum Landes- und Volkswohl anerkannt und bewilligt hat; in dieser Bewilligung wird eine weise Einschränkung allerdings sehr wohlthätig sein — das Mittel, den Fehlbetrag im Staatshaushalt nach einheitlichem Maßstabe auf alle Berufsclassen und Stände im Volke aufzulasten.

Ich gehe auf die weiteren Ausführungen des Herrn Abgeordneten nicht ein. Ich will hiermit nur zurückgewiesen haben, daß man der sächsischen Finanzverwaltung Vorwürfe macht wegen Verhältnissen, die aus einer Zeit namentlich her datiren, in der man ganz andere Anschauungen in dieser Kammer und namentlich auf jener Seite des Hauses hatte.

Abg. Dr. Schaffrath: Es thut mir leid, sehr leid, daß ich heute schon Behauptungen widersprechen muß,

welche auf dieser Seite des Hauses gefallen sind. Aber es ist vorhin eine Kritik nicht nur des Verfahrens der Regierung, zu deren Vertheidigung ich natürlich nicht berufen bin, sondern auch eine Kritik der Beschlüsse des vorigen Landtages geübt worden, der ich als Mitglied des vorigen Landtags entschieden entgegenzutreten muß.

Es ist gesagt worden, und ich glaube, ich citire ziemlich den Wortlaut der Aeußerung, es seien durch die Beschlüsse über die Eisenbahnen am vorigen Landtage Gelder bewilligt worden, welche nicht den Zwecken des Landes, sondern nur der Politik der Regierung gebient hätten! Das ist ein sehr schwerer Vorwurf eines Einzelnen gegen den ganzen Landtag und gegen die Mehrheit seiner eigenen Kammer.

(Sehr richtig!)

Darüber, ob Gelder den Zwecken des Landes dienen, hat die Mehrheit der Volksvertretung zu beschließen; und wenn diese die Verwendung beschlossen hat, so ist bis zum klaren Beweise des Gegentheils anzunehmen, daß sie den Zwecken des Landes dient, so ist nicht bloß durch einfache Behauptung, sondern durch ganz besondern Nachweis darzuthun, daß die Gelder den Zwecken des Landes nicht dienen. Was die Landesvertretung bewilligt, das dient den Zwecken des Landes.

(Sehr richtig! auf beiden Seiten des Hauses.)

Ich kann aber auch, da sich auch die Regierung mit diesen Bewilligungen und Beschlüssen des Landtags einverstanden erklärt hat, eine solche Trennung der Politik der Regierung von der des Landes nicht zugeben. Die Politik der Regierung ist hier die Politik des Landes gewesen.

Es ist aber weiter von demselben Redner auch, wenn ich nicht ganz irre, gesagt worden, es sei von ihm und mehreren Mitgliedern des Hauses schon am vorigen Landtage das Schicksal der Berlin-Dresdner Bahn vorausgesehen oder vorausgesagt worden, daß nämlich die Verwaltung der Berlin-Dresdner Eisenbahn auf die preussische Regierung übergehen werde.

Ich beneide den Sprecher um eine solche fast an Unwissenheit grenzende Voraussicht.

(Heiterkeit.)

Als Jurist hat er jedenfalls damals das gegenwärtige Schicksal der Berlin-Dresdner Eisenbahn nicht vorausgesehen

(Heiterkeit)

und ich als Jurist ebenfalls nicht. Im Gegentheil als Jurist habe ich vorausgesehen, daß die Berlin-Dresdner Eisenbahn nicht in die Verwaltung der preussischen Regierung übergehen werde.

(Sehr richtig! sehr wahr! rechts und links.)

Es ist allerdings anders gekommen und insofern ist die Voraussicht des Herrn Abgeordneten, der vorhin gesprochen hat, eingetroffen; aber ich rühme mich heute